

kannt gemacht worden. Es wird zur Motivirung meiner Anfrage schwerlich einer weitläufigen Auseinandersetzung bedürfen, wie nachtheilig für einzelne Interessen in den Zollvereinsstaaten, und, um sofort ein Beispiel anzuführen, für unsere lausitzer Leinwandfabrikanten in ihrer Concurrenz mit den schlesischen, der Eintritt dieser Separatbegünstigung sein muß, wie sehr deren Annahme und der ganze Vorgang in Widerspruch steht mit den Grundprincipien des Zollverbandes, und wie wünschenswerth, ja wie dringend nöthig es ist, daß durch gemeinschaftliches Zusammenwirken sämmtlicher theiliger Zollvereinsregierungen der ausgestreute Saame des Mißtrauens und des Zerwürfnisses im Keime erstickt werde. Es scheint mir ganz unzweifelhaft, daß, wenn ferner nicht die Handelsverhältnisse jedes einzelnen Zollvereinsstaates zum Auslande auf gemeinsamen Interessen und gemeinsamen Maßnahmen beruhen sollen, wenn es heute dieser, morgen jener Zollvereinsregierung freistehen soll, zum Nachtheile der übrigen Separatbegünstigungen vom Auslande — anfänglich vielleicht nur anzunehmen, später wohl auch sich jenseits gelegentlich zu stipuliren, bald das große Band sich lösen werde, welches so viele geistige und materielle Interessen in Deutschland zusammengefaßt hat und wohlthätig umschließt. Die Einigkeit wird und muß verschwinden, wenn das Einzelne sich Geltung verschafft zum Nachtheile des Einzelnen und des Ganzen. Der von mir berührte Vorgang scheint mir aber der Anfang zu sein zu so bedauerlichem Ende, und ist sicher deshalb von nicht zu berechnender Wichtigkeit. Das Ausland, welches die unter der Regide des Zollverbandes erwachende Selbstständigkeit und Erstarkung Deutschlands als Handelsstaat nicht eben mit günstigen Augen betrachtet, wird bald Nutzen zu ziehen suchen von dem, was vorgegangen; — es scheint ja nun der Zauberspruch gefunden, das verschlossene Thor zu öffnen. Jede der einzelnen Zollvereinsregierungen hat schon mehr oder weniger Gelegenheit gefunden, zu beweisen, daß sie ihre nächsten Separatinteressen zu verleugnen und darüber hinauszusehen wisse zum Wohle des Ganzen. Auch die königlich preussische Regierung ist bei Gründung und Fortbildung des Zollverbandes in dieser Beweisführung nicht zurückgeblieben, und ich stütze darauf die vertrauensvolle Hoffnung, daß die ganze Angelegenheit sich noch werde erledigen lassen. Jedenfalls erregt sie aber jetzt in weitem Kreise große Besorgniß und verdient gewiß die ernste Berücksichtigung und Erwägung auch unserer Regierung. Dies wird mich rechtfertigen, wenn ich an die hohe Staatsregierung die Anfrage stelle, ob die berührte Tarifangelegenheit bei ihr Beachtung gefunden, ob sie Maßregeln ergriffen hat zu Wahrung der dadurch verletzten und bedrohten Interessen, und ob sie glaube, daß es mit Erfolg geschehen sei?

Staatsminister v. B es ch au: Der bezeichnete russische Ukas war kaum durch die petersburger Handelszeitung zur Kenntniß der hiesigen Staatsregierung gelangt, als sie den Gegenstand als einen solchen betrachtete, der in voller Maße ihre Aufmerksamkeit verdiene, nicht sowohl des Object's wegen — denn es steht in Frage, ob von den darin ausgesprochenen Vergünstigungen je ein nützlicher Gebrauch zu machen sein wird — als hauptsächlich des

Princip's willen; sie hat aber — ich kann es versichern — bei den deshalb eingeleiteten Vernehmungen mit der königlich preussischen Regierung dieselbe Ansicht vorgefunden, welche die hiesige geltend zu machen hatte. Die diesseitige Regierung hat die Versicherung erhalten, daß in dieser Angelegenheit Alles angewendet werden müsse, um selbst den Schein der Begünstigung einer Zollvereinsregierung vor der andern zu entfernen. Die diesfalls eingeleiteten Vernehmungen erfordern aber Zeit, und ich vermag daher der geehrten Kammer ein bestimmtes Resultat noch nicht mitzutheilen, glaube jedoch die Versicherung beifügen zu können, es werde binnen kurzer Zeit diese Angelegenheit auf die eine oder andere Weise zur Zufriedenheit der theiligten Staaten erledigt werden. Ich hoffe, die geehrte Kammer wird sich bei dieser Erklärung beruhigen.

Abg. Cl a u ß: Der geehrte Abgeordnete, welcher die nun beantwortete Anfrage an die hohe Staatsregierung stellte, ist mir heute damit zugekommen, und wie ich, wird die geehrte Kammer mit Erkenntlichkeit vernommen haben, daß einerseits die kaum zu bezweifelnden Erörterungen über diese Angelegenheit, gegenüber der preussischen Regierung, nicht verabsäumt worden sind, und daß andererseits eine Beruhigung jetzt gegeben werden konnte, die für uns von hohem Werthe sein muß. Haben sich öffentliche Stimmen in Bezug auf die vorausgesetzte Vertragswidrigkeit, sowohl was den engern, den commerziellen, als den weitern, den politischen Gesichtskreis anlangt, ausführlich und nachdrücklich vernehmen lassen, so kann man an dieser Stelle jede weitere eindringliche Aeußerung unterlassen, und darf nach der Eröffnung des Herrn Staatsministers näherer Aufklärung zum Frieden des Zollverbandes entgegensehen. — Ich benutze aber diese Gelegenheit, um auszusprechen, wie es schon an andern Orten geschehen ist, daß in Beziehung auf die Regierungsverhandlungen zu weiterer Ausbildung des Zollverbandes mehr Öffentlichkeit, als bis jetzt gewährt worden ist, zur Beruhigung der von der großartigen Schöpfung umfaßten Staatsangehörigen immer dringender zum Bedürfnisse werde. Es kommen Fälle vor, wo die Interessen der Staatsangehörigen, ja der einzelnen Staaten in Widerspruch unter einander stehen. Ueber diese Abweichungen wird verhandelt, und es werden uns endlich die Resultate, aber nicht die Motive dazu bekannt. Es kann nicht fehlen, daß, wo man sich empfindlich berührt fühlt, auch auswärts vielfach Erkundigungen eingelegt werden. Aeußerungen fremder Regierungsbehörden, öffentliche Nachrichten geben Anlaß, daß Mißtrauen gegen die eigene Staatsregierung erregt wird, weil man Vortheile für das Vaterland verabsäumt glaubt, weil die bedrängten producirenden Classen ihre dringenden Wünsche nicht erfüllt sehen. Daher würde die Öffentlichkeit auch hier ein Palladium zu Abwehr bösen Einflusses werden. Nur einige Beispiele führe ich an, wo in Sachsen die Aufklärung über einwirkende Ursachen sehr vermißt worden ist. Es wurde ein Gesuch von dem hohen Ministerio abgeschlagen, was nach den offenkundigen Verträgen gestattet werden zu können schien, so daß nur eine später eingegangene Verpflichtung, deren Begründung nicht veröffentlicht worden, die Abweisung erklären konnte.